

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN

1934 - 1945



Ein Jahr großer Entscheidungen

Das Jahr 1999 wird für Österreich ein Jahr bedeutender politischer Entscheidungen. Finden doch heuer nicht nur drei Landtagswahlen und die Neuwahl in das Europaparlament, sondern auch Nationalratswahlen statt. Der erste Termin, der 7. März, ist in dieser Hinsicht besonders beachtenswert. An diesem Tag werden die Kärntner ihren neuen Landtag wählen. Jörg Haider hat sich zum Ziel gesetzt, daß seine Partei als stärkste Kraft daraus hervorgeht, und davon will er seinen Anspruch auf den Landeshauptmann ableiten. Die bisherigen Umfragen lassen einen solchen FPÖ-Sieg für möglich erscheinen. Auch wenn die anderen Parteien Signale setzen, daß sie Haider dennoch nicht noch einmal – wie 1989-91, als er wegen seines Lobes für die „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs“ abtreten mußte – zum Landeschef wählen werden, würde er seine „Verhinderung“ dann in der Nationalratswahl propagandistisch

einsetzen. Verfehlt er aber sein Wahlziel, dürfte sein politisches Ende nahe sein: über den verwundeten „Leitwolf“ fallen bekanntlich die anderen her.

Für die Nationalratswahl wird es entscheidend sein, in welcher Weise es der SPÖ gelingt, ihre aktive Arbeitsplatzpolitik merkbar umzusetzen – Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit haben zweifellos Priorität. Die hohen Sympathiewerte für Bundeskanzler Klima schließen auch eine Erwartungshaltung ein, von deren Erfüllung in Richtung auf eine Trendwende auf diesem Gebiet viel abhängt. Weiters wird auch entscheidend sein, in welcher Weise es in den nächsten Wochen gelingt, eine Steuerreform durchzusetzen, die der großen Mehrheit der Bevölkerung fühlbare Erleichterungen bringt. In jedem Fall wird viel davon abhängen, ob die SPÖ ihre Anhänger davon überzeugen kann, wie wichtig es gerade heuer ist, zu den Urnen zu gehen.

Stunde der Wahrheit

Auch für österreichische Unternehmen, die in der Nazizeit Nutznießer der Beschlagnahme jüdischen Vermögens oder durch Beschäftigung von Zwangsarbeitern waren, hat nun die Stunde der Wahrheit geschlagen. US-Anwalt Ed Fagan, der die Opfer des Holocaust vertritt, fand zu einer Einigung mit der Bank Austria und der Creditanstalt über die Zahlung einer millionen-

schweren Abgeltung für überlebende Opfer bzw. deren Nachkommen. Zudem wurden die Archive der CA zugänglich gemacht, was auch die im Krieg mit ihr verbundene Deutsche Bank in Zugzwang bringen könnte. Von dieser Seite wurde jüngst zugegeben, daß deren Filiale Kattowitz in direkter Geschäftsverbindung als Kreditgeber für das KZ Auschwitz stand.



Erinnern

„Mauern, Türme und Denkmäler des Konzentrationslagers Mauthausen sind Zeugen der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, namenlosen Sterbens, sie sind aber auch Zeugen nationaler und internationaler Solidarität“, schreibt Hans Marsalek (Bild links) in seinem Vorwort zu dem jüngst von der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen herausgegebenen, großartigen Buch „Erinnern“. In hervorragenden Fotografien werden die Denkmäler im Hauptlager und in den Nebenlagern sowie die internationale Befreiungsfeier 1998 festgehalten. Spezielle Textbeiträge liefern die Schriftstellerinnen Friederike Mayröcker und Ilse Aichinger, weiter Simon Wiesenthal Minister Karl Schlögl und Herausgeber Wolfgang Bandion. Weiter wird das Buch durch die Abbildungen von Gemälden, Graphiken und Plastiken namhafter Künstler bereichert.

Ein Buch gegen die demokratische Kultur

Jüngst stellte der FPÖ-Europaparlamentarier Peter Sichrovsky sein neues Buch „Der Antifa-Komplex – Das korrekte Weltbild“ vor. Es stieß in der politischen Öffentlichkeit auf begründete Ablehnung. Zudem strotzt es von Fehlern.

So zeigte sich SPÖ-Bundesrat Michael Ludwig entsetzt über Sichrovskys Verharmlosung faschistischer Strömungen und über seine Behauptung, Antifaschisten gebärden sich wie religiöse Fundamentalisten. Abgesehen davon, strotzt das Buch von Fehlern. In der Zeitschrift „Die Gemeinde“ weist der „Furche“-Mitarbeiter Hellmut Butterweck nach, daß es eine „Geschichtsklitterung in ungewöhnlich großem Ausmaß“ ist und vergleicht es mit dem berüchtigten „Leuchter-Gutachten“, in welchem versucht wurde, die Existenz von Gaskammern in Auschwitz zu bestreiten. Unter anderem leistet sich Sichrovsky folgende „Irrtümer“:

- Die vom Autor genannte Wahl in Deutschland im Jänner 1933 ist glatt erfunden. Hitler wurde von Reichspräsident Hindenburg

keineswegs unmittelbar nach einer Wahl zum Reichskanzler berufen.

- Die Behauptung, daß Hitler vor allem von den Arbeitern gewählt wurde, widerspricht den Tatsachen. Bei den Wahlen vom 6. November 1932 erlitt die NSDAP einen Rückschlag und fiel von 37,4 auf 33,1 %. Die SPD bekam 20,4, die KPD 16,9 % der Stimmen.

- „Das Volk stand geschlossen hinter Hitler“, behauptet Sichrovsky. „Der Widerstand war marginal“. Daß trotz des Terrors des Regime auch Zehntausende nichtjüdische Deutsche und Österreicher in den KZs ermordet oder hingerichtet wurden, widerlegt diese Behauptung.

- „Hunderte jüdische Widerstandskämpfer kämpften in alliierten Armeen“ – in Wirklichkeit waren es 1,5 Millionen.

- Die Zionisten seien dem Widerstandskampf reserviert gegenübergestanden. Diese Behauptung Sichrovskys wird z.B. durch den Warschauer Ghetto-Aufstand, der vorwiegend das Werk zionistischer Jugendorganisationen war, und durch andere Aktionen widerlegt.

- Die Antifaschisten hätten zu den stalinistischen Säuberungsprozessen gegen Slansky, Rajk etc. in den fünfziger Jahren geschwiegen – das läßt sich allein schon durch einen Blick in die „Arbeiter-Zeitung“ von damals widerlegen.

Schließlich versteigt sich Sichrovsky zur krausen Forderung, wieder eine Nazi-Partei zuzulassen: „Deutschland wird erst dann in der Welt völlig rehabilitiert von der Nazizeit auftreten können, wenn eine NSDAP bei der Wahl um Stimmen wirbt und

sie niemand wählt“.

„Der 'Antifa-Komplex' wirkt wie eine perfekte Maßarbeit, um bei Haider und genau den Schichten, die ihm zu seinem Siegeszug innerhalb der FPÖ verhalfen, anzukommen“, resümiert Butterweck. Und Bundesrat Ludwig konstatiert: „Die mangelnde politische Differenzierungsfähigkeit von Sichrovsky macht es leider unmöglich, mit ihm in einen ausgewogenen politischen Diskurs zu treten, wie dies in einem demokratischen System selbstverständlich sein sollte“. Trotzdem muß Sichrovskys Buch, das bereits von der „Deutschen Nationalzeitung“ und Mölzers „Zur Zeit“ hochgelobt wird, entgegengetreten werden, weil man sich in gewissen Kreisen nur zu gerne auf einen Juden als „Zeugen“ gegen den Antifaschismus berufen wird.

Von den „Saubermännern“

Die „Saubereitspartei“ hat jüngst in der Person ihres Generalsekretärs Peter Westenthaler einmal mehr Zeugnis für das wahre Verhalten ihrer Mandatäre abgelegt. Haiders Spitzenfunktionär erhielt nun vom Unabhängigen Verwaltungsrat eine eindeutige Bestätigung für sein unehrenhaftes Verhalten. Westenthaler hatte Exekutivbeamte, die ihn wegen Schnellfahrens kontrollierten, unflätig beschimpft und ihnen Ausdrücke wie „Scherzkeks“, „Idiot“, „Vollkoffer“ und „Trottel“ an den Kopf geworfen. Damit hat er gegen das Wiener Landessicherheitsgesetz verstoßen. Nun läge

es beim vielgerühmten „unabhängigen Schiedsgericht der FPÖ“, auf diese Verurteilung von Westenthalers für einen Abgeordneten völlig unzumutbarem Verhalten zu reagieren. Dieses tut sich offenbar mit einem anderen anhängigen Fall schwer, dem des Ex-Generalsekretärs Walter Meischberger, der kürzlich wegen einer gewaltigen Steuerhinterziehung in seinem Berufungsverfahren rechtskräftig verurteilt wurde. Meischberger versuchte, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, er habe nun alle seine Parteiämter stillgelegt. Der Haken dabei – sein Nationalratsmandat behält der

verurteilte Abgeordnete, und das

hat seinen tieferen Grund: wenn sich das FPÖ-Schiedsgericht bis April Zeit läßt, dann hat Saubermann Meischberger den Anspruch auf eine Politi-

kerpension zwischen 25.000 und 30.000 Schilling ersessen. Soviel „nordische List“ war sogar der „Kronen-Zeitung“ zuviel, die in einem Kommentar eine Beschleunigung des Verfahrens vom obersten der Saubermänner, Jörg Haider, einmahnte. Der aber werde sich hüten, meinte ein anderer Kommentator aus den eigenen Reihen: „Der Meischi weiß zu viel...“



Karikatur: Pannmesberger, „KURIER“

Aus den „Reflexionen“ Heinz Fischers: Wie Haider nachgeben mußte

Mit seinem jüngst erschienenen Buch „Reflexionen“ hat Nationalratspräsident Heinz Fischer ein einzigartiges Zeitdokument vorgelegt. Seit vierzig Jahren politisch tätig, hat er alle wesentlichen Entwicklungen der Zweiten Republik miterlebt und in vielen Fällen auch mitgestaltet. Das Buch ist im Verlag Kremayr & Scheriau, Wien, erschienen; das große Interesse für die „Reflexionen“ hat bereits zu einer 3. Auflage geführt. Nachstehend bringen wir eine Leseprobe (S.408 ff.) aus dem Abschnitt über das Ende der Kleinen Koalition SPÖ-FPÖ (1986) infolge Vranitzkys klarer Haltung zu der Wahl des neuen FP-Obmanns Jörg Haider.

„...Die Hinweise wurden immer dichter, daß Jörg Haider an einer Strategie für einen Obmannwechsel bastelte...Aber Norbert Steger hatte uns bis zuletzt immer wieder versichert, daß er auch in einer Kampfabstimmung eine Mehrheit erhalten würde. So fuhr ich am Freitag, dem 12. September, abends als Wissenschaftsminister zu einem offiziellen Besuch nach Jugoslawien. Dort erfuhr ich am Sonntag, dem 14. September, beim Frühstück, daß Jörg Haider in Innsbruck in einer Kampfabstimmung mit 57,7 Prozent zum neuen FPÖ-Obmann gewählt worden war. Haider hatte im Zuge der heftigen Auseinandersetzungen auf diesem Parteitag u.a. behauptet, daß die SPÖ die Koalition mit den Freiheitlichen auch dann fortsetzen werde, sollte er zum Obmann gewählt werden – was nicht den Tatsachen entsprach.

Wenige Stunden später wurde ich in Belgrad für ein Gespräch aus Wien zum Telefon gerufen. Am Apparat war Franz Vranitzky, der die Situation nach der Wahl von Jörg Haider erörtern wollte...Er ließ übrigens keinen Zweifel daran, daß er nicht die Absicht habe, die Koalition mit Jörg Haider fortzusetzen....(Beim Parteipräsidium am Montag, dem 15. September) hatte Vranitzky klar für eine Beendigung der Koalition

mit der Haider-FPÖ plädiert und überwiegend Zustimmung –

nicht 'unter Kontrolle' hatte, verlangte er von der SPÖ die Abberufung von Vizekanzler

Steger...Nach der Ministerratssitzung vom 16. September lud Franz Vranitzky die Mitglieder des Parteipräsidiums unter den SPÖ-Regierungsmitgliedern sowie die freiheitlichen Regierungsmitglieder zu einer Besprechung in sein Arbeitszimmer. Dort stellte Vranitzky klar, daß er mit einer unveränderten freiheitlichen Regierungsmannschaft – einschließlich Steger – bis zur Bildung der nächsten Bundesregierung weiterregieren wolle, er aber nicht bereit sei, Haider oder einen Platzhalter für Haider in die Regierung aufzunehmen...

Als alles vorbei war, berichtete Franz Vranitzky dem Bundesparteivorstand der SPÖ, daß er sein Angebot an die Freiheitlichen, auch nach der Wahl Haider (bis zu den Neuwahlen) in der Regierung zu verbleiben, deshalb gemacht habe, um zu demonstrieren, daß die Regierung weiterhin arbeitsfähig sei....'Haider hat nachgeben müssen', sagte Vranitzky...."

HEINZ FISCHER



K&S

REFLEXIONEN

wenn auch in unterschiedlichen Nuancen – gefunden. Gleichzeitig wurden damit die Weichen für vorzeitige Neuwahlen im November – mit unsicheren Koalitionsvarianten – gestellt....

Als Haider merkte, daß er zwar die Führung der FPÖ erobert, aber gleichzeitig die Rolle der FPÖ als Regierungspartei verspielt hatte und daß er insbesondere die freiheitlichen Regierungsmitglieder in der Endphase der Koalitionsregierung

Neue Bücher

„Völkische“ Frauen

Johanna Gehmacher analysiert in ihrem Buch „Völkische Frauenbewegung“ (Döcker Verlag, Wien) die Rolle der Frauen in der österreichischen Großdeutschen Volkspartei und der Frauenorganisationen der Nazipartei. Die Frau spielte zwar in der Ideologie der Rassepolitik und der antisemitischen „Volksgemeinschaft“ eine bedeutende Rolle, von der politischen Praxis hingegen waren Frauen weitgehend ausgegrenzt, auf Fürsorgeaktivitäten beschränkt und „heim an den Herd“ verwiesen.

Juden in Salzburg...

Dieser berührende Band läßt Salzburger Juden selbst über ihre Schicksale vor und nach dem „Anschluß“ Österreichs berichten („Gedulder, geschmäht und vertrieben“, herausgegeben von Daniela Ellmauer, Helga Embacher und Albert Lichtblau, Otto Müller Verlag, Salzburg). Dieses Buch der bitteren Erinnerungen ist das Ergebnis eines Treffens, zu dem Stadt und Land Salzburg vor einigen Jahren ihre ehemaligen jüdischen Mitbürger/innen einluden.

...und in Sankt Pölten

Die Kultusgemeinde Sankt Pölten umfaßte 1938 ca. 1.200 Mitglieder, davon wohnten rund 400 in der jetzigen Hauptstadt Niederösterreichs. Heute leben dort noch fünf Juden. Christoph Lind dokumentiert in seinem Buch „...es gab so nette Leute dort“ (Buchverlag NP/ Niederöstr. Pressehaus, St. Pölten) anhand von Archivmaterial die Entrechtung, Beraubung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung; 275 Männer, Frauen und Kinder wurden in den NS-Todeslagern ermordet.

Die bleibende Bedeutung

Vor 65 Jahren waren es sozialdemokratische österreichische Arbeiter, die als erste mit der Waffe in der Hand dem Faschismus entgegentraten: Das gibt dem 12. Februar 1934 seine unvergängliche historische Bedeutung.

Seit dem März 1933 war es unverkennbar, daß die österreichische Regierung sich von der Demokratie endgültig losgesagt hatte. Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und seine Christlichsoziale Partei waren ganz auf den Kurs der faschistischen Heimwehr eingeschwenkt, und hinter ihnen stand der italienische Diktator Mussolini, der als Schutzherr Österreichs gegen die Ansprüche des in Deutschland an die Macht gelangten Hitler auftrat.

Die Sozialdemokraten hatten – ihr führender Kopf Otto Bauer hat das später eingestanden – im März 1933 versäumt, der Kallstellung des Parlaments durch die Regierung energisch, mit

Generalstreik und Massendemonstrationen, entgegenzutreten. Sie verlangten Neuwahlen, aber das war das Letzte, was Dollfuß wollte. Es war ihm nur zu bewußt, daß seine Mehrheit dahin gewesen wäre, denn neben der Linken, die bei den letzten Wahlen (1930) mit mehr als 41 Prozent stärkste Partei geworden war, mußte er das Abschwimmen eines Teils der bürgerlichen Wählerschaft zu den Nazis befürchten.

Der italienische Schutzherr drängte: Mussolini verlangte die totale Ausschaltung der Arbeiterbewegung. Die Monate nach dem März 1933 waren erfüllt von Schikanen gegen die Sozialdemokratie. Ihre „Arbeiter-Zeitung“ wurde der Zensur unterworfen, und während die von steirischen Unternehmern und Großgrundbesitzern hochgepöbelten offen faschistischen Heimwehren provokativ durch die Straßen zogen, wurde der Republikanische Schutzbund für aufgelöst erklärt. Im Jänner 1934 schickte Mussolini seinen Unterstaatssekretär Suvich mit einem vertraulichen Brief an Dollfuß nach Wien, in dem er endlich ein Handeln gegen den „Marxismus“ forderte. Es folgten Durchsuchungen sozialdemokratischer Parteihäuser und Privatwohnungen, viele Funktionäre des Schutzbundes, auch dessen Stabschef Adolf Eifler, wurden verhaftet. Anfang Februar wurde in Geheimerlassen die Erfassung aller sozialdemokratischen Vertrauensmänner angeordnet. Am 11. Februar kündigte Innenminister Fey in einer Heimwehrversammlung an: „Morgen werden wir ganze



Ein zerstörtes Arbeiterheim in Wien.

Arbeit leisten“.

Es war der Führung der Sozialdemokratischen Partei bewußt, daß die Regierung im Begriff war, ein autoritäres Regime zu errichten. Für einen Präventivschlag schien es nun freilich zu spät: die Zermürbungstaktik der Regierung, dazu die Massenarbeitslosigkeit, die die einen hoffnungslos gemacht hatte, die anderen um ihren Arbeitsplatz fürchten ließ, hatten die Widerstandskraft der Partei geschwächt. Sie stand nun, wie AZ-Chefredakteur Oskar Pollak es ausdrückte, „mit dem Rücken zur Wand“.

Der oberösterreichische Parteisekretär Richard Bernaschek gehörte zu jenen, die nicht mehr bereit waren, zuzusehen, wie die Partei und mit ihr die Demokratie Stück um Stück abmontiert wurden. Er teilte der Parteizentrale in Wien mit, daß Linz zum Widerstand entschlos-

sen sei. Als am Montag, dem 12. Februar 1934, die Polizei des Hotels „Schiff“, die Parteizentrale der oberösterreichischen SDAP, durchsuchen wollte, begann der bewaffnete Kampf. Die Polizei wurde sehr rasch durch eine Maschinengewehrkompanie des Bundesheeres verstärkt. Nach fünf Stunden mußten sich die Schutzbündler im „Schiff“ ergeben.

Aber dieser Akt des Widerstandes war an vielen Orten als das Signal zum Aufstand gegen die Zerstörung der demokratischen Republik verstanden worden. In den Industriegebieten Ober- und Niederösterreichs und der Steiermark und vor allem in Wien brachen Kämpfe aus. Die Regierung setzte neben Polizei und Heimwehrverbänden sehr bald überall auch das Bundesheer gegen die Aufständischen ein. Bei den Kämpfen in Wien bildeten vor allem die Gemein-



Koloman Wallisch

Das Leben und Sterben von Koloman Wallisch stand im Mittelpunkt der Ausstellung „Obersteirischer Arbeiter-Widerstand“, die im „Edi-Schwarz-Haus“ der Arbeiterkammer in Bruck an der Mur eröffnet wurde.

des 12. Februar 1934



Gefangene Schutzbündler werden abgeführt.

debauten Zentren des Widerstandes. Die Regierung befahl die Abriegelung der Innenstadt durch Bundesheer und Polizei, die E-Werk-Arbeiter schalteten gegen Mittag den Strom ab; aber der erwartete spontane Generalstreik blieb aus. Die blitzartige Verhaftung vieler sozialdemokratischer Funktionäre tat ihre Wirkung, die kleine Gruppe der „Zentralen Kampfleitung“ unter Otto Bauer und Julius Deutsch blieb isoliert. Der anhaltende Widerstand insbesondere im Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt, im Goethe-Hof in Kaisermühlen, im Sandeiten-Hof in Ottakring und im Schlinger-Hof in Floridsdorf (um nur einige zu nennen) wurde unter Einsatz von Artillerie niedergekämpft. Dabei spielte wohl auch mit, daß der sich so gern aufs Christentum berufende Regierungschef ohne Rücksicht auf die in den Gemeindebauten wohnenden Frauen und Kinder den Stolz des „Roten Wien“ brechen wollte. In Oberösterreich war das Gebiet von Steyr ein Zentrum der Kämpfe. Zwar mußten die Schutzbündler die Steyr-Werke

räumen, als Militär anrückte, doch jenseits der Enns, im Arbeiterviertel Ennsleiten, leisteten sie heldenhaften Widerstand; erst durch massiven Einsatz von Artillerie und Minenwerfern wurde er schließlich gebrochen. Im Bergarbeiterdorf Holzleiten kam es zu einer scheußlichen Bluttat, als der stellvertretende Bezirkshauptmann nach der Besetzung des Arbeiterheims sechs Arbeitersamariter an die Wand stellen ließ.

In der Steiermark gelang es in Bruck an der Mur, die Heimwehr zu entwaffnen. Nach heftigen Kämpfen mußten der sozialdemokratische Abgeordnete Koloman Wallisch und seine Schutzbündler der Übermacht weichen. Auch in anderen Orten des Industriegebiets sowie in Graz kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. In Niederösterreich wurde im Raum Sankt Pölten und im Traisental, in Mödling und in Neunkirchen gekämpft, in Tirol in Wörgl.

Die Regierung hatte das Standrecht verhängt. Neun Schutzbundführer wurden gehängt, unter ihnen Karl Münchreiter,

den man schwerverletzt zum Galgen schleppte, der Floridsdorfer Feuerwehrkommandant Georg Weissel und Koloman Wallisch, für dessen Verurteilung Justizminister Schuschnigg das Standrecht eigens verlängerte. Die Zahl der Todesopfer und Verletzten unter den Schutzbündlern und der Zivilbevölkerung lag bei etwa 2000, Polizei, Militär und Heimwehr beklagten 47 Todesopfer. Tausende wanderten in die Kerker oder ins „Anhaltelager“ Wöllersdorf. Otto Bauer gelang in letzter Minute die Flucht in die Tschechoslowakei. Viele Schutzbündler, die in die Sowjetunion flüchteten, erwartete dort ein trauriges Los durch Stalins Säuberungswahn. Die Sozialdemokratische Partei wurden verboten. Der Wiener Bürgermeister Karl Seitz wurde gewaltsam aus dem Rathaus entfernt.

Mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Beseitigung der Demokratie stellten die Austrofaschisten die Weichen für die Annexion Österreichs durch Hitler, denn sie zwangen dem Land ein Regime auf, das durch die Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. Die Arbeiterschaft, ihrer politischen Heimat beraubt, die Hunderttausende Arbeitslosen und die „Ausgesteuerten“ standen der Regierung in totaler Ablehnung gegenüber. Auch die Ermordung Dollfuß' durch die Nazis im gleichen Jahr 1934 änderte die Haltung der Regierung gegenüber den in die Illegalität gedrängten Sozialdemokraten nicht. Der Untergang Österreichs war nicht mehr aufzuhalten.

Manfred Scheuch

Über die Februarfeier im Reismann-Hof in Meidling berichten wir in der nächsten Ausgabe.



Das war Georg Weissel

Vor hundert Jahren, am 28. März 1899, wurde Georg Weissel geboren. Sein junges Leben endete am 15. Februar 1934 am Galgen der Austrofaschisten, aber sein Andenken wahrt der Georg Weissel-Hof in der Floridsdorfer Wohnhausanlage Prager Straße 18, in deren Hof ein Mahnmahl errichtet wurde. Auch sein Grabmal am Zentralfriedhof ist eine würdige Gedenkstätte.

Ing. Georg Weissel gehörte der Akademischen Legion des Republikanischen Schutzbundes an und war Wachkommandant der Hauptfeuerwache Floridsdorf. Unter seiner Führung bewaffneten sich am 13. Februar die Feuerwehrleute, die dem Schutzbund angehörten, um für eine demokratische Republik zu kämpfen. Branddirektor Wagner alarmierte die Sicherheitskräfte, als er von der „Dienstverweigerung und Auflehnung“ in Floridsdorf erfuhr. Die Polizei trat zum Sturm auf die Hauptfeuerwache an. 61 Feuerwehrleute wurden als Gefangene abgeführt. Weissel wurde vom Standgericht des Dollfuß-Regimes zum Tode verurteilt und am 15. Februar 1934 im Landesgericht Wien hingerichtet.

Widerstand in Dänemark 1939 – 1945

Dänemark hatte im Frühjahr 1939 einen Nicht-Angriffspakt mit Deutschland unterzeichnet. Deshalb teilten die Deutschen, als sie am 9. April 1940 das Land angriffen, mit, sie kämen, um Dänemark vor einem Angriff von seiten der Alliierten zu schützen. Es kam zu Kämpfen. Nach einigen Stunden mußte die Regierung kapitulieren, da Nazideutschland drohte, die schutzlose Hauptstadt mit Bomben zu belegen.

Da sich die NS-Behörden während der Besatzungszeit immer mehr in dänische Angelegenheiten einmischten, wuchs der Widerstand dagegen sehr rasch. Er war gut organisiert, was sich durch Verbreitung illegaler Flugblätter von 40.000 im Jahr 1941 auf 11 Millionen im Jahr 1944 dokumentiert. Sabotageakte und Streiks veranlaßten die

Deutschen ein Ultimatum zu stellen, in dem sie forderten, die Verantwortlichen der Sabotageakte und Streiks durch Schnellgerichte abzuurteilen. Die dänische Regierung lehnte jedoch ab und trat nach einem deutschen Angriff auf die dänischen Garnisonen im August 1943 zurück. Der Ausnahmezustand wurde verhängt. Der Reichsbevollmächtigte Dr. Werner Best drängte darauf, die Judenfrage in Dänemark zu lösen. Am 2. Oktober wurde mit den Judenverfolgungen begonnen. Durch eine undichte Stelle in der deutschen Verwaltung konnte die jüdische Glaubensgemeinschaft informiert werden. Von 7000 Juden wurden 475 gefangenegenommen und nach Theresienstadt deportiert. Die anderen konnten sich ins neutrale Schweden retten. Gleichzeitig mit der

Aktion gegen die Juden hatten die Deutschen die dänischen internierten Soldaten nach Hause entlassen und hofften dadurch, die Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Aber statt dessen wurde das Volk nun endlich im Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht sammengeschweißt, und die entlassenen Soldaten fanden schnell den Weg in die vielen Widerstandsgruppen. Die Sabotage gegen die Industrien, die für die Deutschen arbeiteten, stieg. Die Gestapo ermordete daraufhin viele Männer, die wegen ihrer nationalen Haltung zu ihrem Land bekannt waren.

Eine der bekanntesten Personen, war der Dichter und evangelische Pfarrer Kai Munk, der am 4. Jänner 1944 ermordet wurde.

In einem nördlichen Vorort von

Kopenhagen hatten die Deutschen ein militärisches Gebiet besetzt, wo sie auch Hinrichtungen dänischer Widerstandskämpfer vollstreckten.

Dies wurde nach der Befreiung Schutzgebiet (Kapitulation Deutschlands am 5. Mai 1944) und man richtete in dem Wäldchen in Ryvagen eine Gedenkstätte für die gefallenen Widerstandskämpfer ein. Der Hinrichtungsplatz mit seinen Pfählen ist erhalten geblieben und ist heute ein Teil der Gedenkstätte. Hier hat man auch für die toten KZ-Gefangenen einen Platz eingerichtet.

Im ganzen verloren etwa 1000 Widerstandskämpfer das Leben. Hinzu kommen etwa 1900 Seeleute und etwa 2000 andere Dänen.

Theo Maier

Alfred Dallinger zum Gedenken



Foto: Henrich

Heuer jährt sich zum zehnten Mal der Todestag von Sozialminister Alfred Dallinger, der am 23. Februar 1989 bei einem Flugzeugabsturz über dem Bodensee ums Leben kam. Mit seinem Tod haben auch die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer einen schweren Verlust erlitten. Für Dallinger gab es in der Opferfürsorge keine „Fälle“, sondern es ging ihm stets um Menschen, die Schweres durchgemacht haben. Josef Hindels erinnerte damals in einem Gedenkartikel daran, daß Dallinger gemeinsam mit den Opferverbänden für das Verbot aller neonazistischen Organisationen eintrat, aber zugleich betonte: Verbote sind zu wenig, antifaschistische Aufklärung ist eine ständige Aufgabe.

Alfred Dallinger kam 1926 in einer sozialistischen Familie zur Welt. In der

NS-Zeit hat er als Jugendlicher gemeinsam mit anderen Lehrlingen an Widerstandszirkeln teilgenommen und weigerte sich, der Staatsjugend, der HJ, beizutreten. Das bereitete ihm und seinem Vater große Schwierigkeiten. 1943 wurde Alfred Dallinger zur Wehrmacht eingezogen. Im befreiten Österreich begann er sofort, als gewerkschaftlicher Jugendfunktionär seine Altersgenossen im demokratischen Geist zu schulen, wurde dann Jugendsekretär der Privatangestellten und nach langjähriger Tätigkeit in der Arbeiterkammer und der Privatangestelltengewerkschaft 1974 schließlich deren Vorsitzender. 1980 berief ihn Bundeskanzler Kreisky als Nachfolger von Gerhard Weißenberg in seine Regierung; auch in den Kabinetten Sinowatz und Vranitzky übte er dieses Amt aus.

Wiener Jahresabschlußveranstaltung 1998

Bei der Jahresabschlußveranstaltung des Landesverbandes Wien nahm als Vertreter der Wiener SPÖ Landtagsabgeordneter Harry Kopietz teil. Er dankte der Wiener Freiheitskämpferorganisation für ihren aktiven Einsatz. Landesvorsitzender Ernst Nedwed überreichte dem Wiener Landespartei sekretär nach einem Jahresrückblick das goldene Ab-

zeichen des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und gratulierte anschließend zu seinem in diesen Tagen stattfindenden 50. Geburtstag. Ein weite-



rer Jubilar war bei der Jahresabschlußveranstaltung dabei: Alexander Blum hatte gerade an diesem Tag seinen 90. Geburtstag. Bundesvorsitzender Alfred Ströer und Landesvorsitzender Ernst Nedwed gratulierten und dankten dem langjährigen Vorsitzenden der Bezirks-

Foto: Wagner

Herta Slabina neue Vorsitzende der Bezirksgruppe Favoriten

Eine der stärksten Bezirksgruppen des Bundes, die Bezirksgruppe Favoriten des Landesverbandes Wien, hielt am 27.1.1999 ihre Jahreskonferenz ab. Sie stand im Zeichen einer Neuwahl des Bezirksausschusses, die nach dem Ableben des langjährigen Vorsitzenden, Hans Kancz, im vergangenen September notwendig geworden ist.

Die gut besuchte Jahresversammlung an der auch Bezirksmandatäre und Funktionäre der SPÖ-Favoriten, unter anderen die Abg. z. NR Bruni Fuchs, die Landtagsabgeordnete Marianne Klicka und Be-

zirksvorsteher Stv. Günther Titz, teilnahmen, wurde von der stellv. Vorsitzenden der SPÖ-Favoriten, Bezirksvorsteherin Mospointner, begrüßt. Sie hob die Verbundenheit der SPÖ mit der antifaschistischen Arbeit der Freiheitskämpfer hervor und sagte die weitere Unterstützung dieser wichtigen Arbeit zu. Landtagsabgeordnete a.D. Reg. Rätin Herta Slabina gedachte des verstorbenen Genossen Hans Kancz und berichtete anschließend über die Initiativen der Bezirksgruppe. Der Wiener Landesvorsitzende, Abg.z.NR.a.D. Ernst Nedwed, gab einen Überblick über die

Tätigkeit des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und setzte sich mit einigen aktuellen politischen Fragen auseinander. Zum Abschluß stellte er fest: „Die Organisation der Freiheitskämpfer ist auch heute, fünfzig Jahre nach ihrer Gründung, von großer Bedeutung.“

Bei der Wahl wurde Herta Slabina zur Vorsitzenden, Peter Laumann als Stellvertreter und Elfriede Werner als Kassierin gewählt. Erfreulich ist, daß auch eine Reihe jüngerer GenossInnen in den Ausschuß aufgenommen wurden.

Leo Mistingher 95

Der Ehrenvorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer Leo Mistingher feiert am 16. März seinen 95. Geburtstag. Mistingher war von Jugend auf in der sozialistischen Bewegung aktiv. Nach dem Februar 1934 war er,



wie viele andere Aktivisten der „Revolutionären Sozialisten“, mehrere Male in den Kerkern des Austrofaschismus inhaftiert. Während der Nazi-Herrschaft wurde er zu acht Monaten Gestapo-Haft verurteilt und anschließend in das KZ für politische Häftlinge in Flossenbürg deportiert. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1945 engagierte sich Mistingher beim Aufbau der SPÖ-Bezirksorganisation Fünfhaus (die ihn später zum Obmann wählte). 1945 wurde er auch in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem er bis zu seiner Berufung zum Bezirksvorsteher von Rudolfsheim-Fünfhaus (1963) angehörte. Seiner Initiative ist u.a. eine große Kinderhilfsaktion in der Nachkriegszeit sowie der Aufbau der Aktion „Jugend am Werk“ zu danken. 1968-70 war Mistingher Abgeordneter zum Nationalrat. Für seine Verdienste wurde er mit dem Ehrentitel „Bürger der Stadt Wien“ ausgezeichnet. Auch am Aufbau des Bundes der Freiheitskämpfer war Mistingher von Anfang an beteiligt und ist heute noch als Ehrenobmann seiner Bezirksorganisation sowie der Freiheitskämpfer aktiv. Von 1990-92 war er Vorsitzender unseres Bundes, jetzt ist er Ehrenvorsitzender. Für die nächste Ausgabe ist ein Interview mit Leo Mistingher vorgesehen.

Wir gratulieren

Zum 97. Geburtstag: Ernestine Schilletz, Graz-Gösting; Josef Kleinschuster, Kapfenberg; Rosa Huss, Mödling; Karl Sellner, Wien. **96. Geburtstag:** Gisela Hochmeister, Wien. **95. Geburtstag:** Siegfried Zöchner, Wien. **94. Geburtstag:** Johann Ponath, Mannersdorf. **93. Geburtstag:** Franz Reitlinger, Helene Steiner, Wien. **92. Geburtstag:** Fritz Mayer, Klagenfurt; Julius Maier, Wiener Neustadt; Dora Verosta, Wien. **91. Geburtstag:** Aloisia Moser, Graz; Hilde Borik, Margarete Slais, Wien. **90. Geburtstag:** Franz Billmaier, Wien. **85. Geburtstag:** Walter Rotpart, Regine Stadler, Linz; Viktor Wuga-

nigg, Weiz; Irma Ballek, Hildegard Frey, Wilhelm Radil, Christa Wagenhofer, Gertrude Weiss, Josef Zalda, alle Wien. **80. Geburtstag:** Dr. Rosi Hirschegger, Innsbruck; Franz Magler, Neusiedl am See; Lona Murowatz, Wiener Neustadt; Eleonore Gartenberg, Gerta Launer, Fritz Probst, Maria Ristic, alle Wien. **75. Geburtstag:** Lia Wutke, Eichgraben; Egidius Sabotnig, Keutschach am See; Maria Fruk, Bruno Hadwig, Gertrude Hanowski, Rudolf Kampfer, Ludwig Kolin, Dr. Fritz Koppe, Johann Leinfest, Albert Pachler, Ernst Zivny, alle Wien.



Alte, neue Hauptstadt Deutschlands



Das Willy Brandt- Haus

Eine interessante Studienreise unternahmen SPÖ-Bildungsfunktionäre, unter denen sich auch einige Mitarbeiter der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer befanden, nach Berlin, das zur Zeit eine große Aufbauphase als künftige Regierungshauptstadt Deutschlands erlebt, insbesondere sind die großen Bauten um den neu gestalteten Reichstag, die Ministerien, die neuen Botschaften und das Gelände um den Potsdamer-Platz, die Friedrich-Straße von beachtlicher Dimension.

Wie sie endgültig wirken und funktionieren werden kann keine Besichtigung vermitteln sondern nur die Praxis zeigen. Imposant sind die Leistungen auf dem Gebiet der Altstadtsanierung, die insbesondere im Osten Berlins zur Zeit Vorrang haben und zusammen mit den Kulturinstitutionen dem neuen Berlin eine besondere Note verleihen

werden. Auf der Tagesordnung standen Gespräche mit dem Leiter des Berliner Büros des SPD-Parteivorstandes, Jürgen Giebel, mit Klaus-Uwe Benneter, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin, sowie mit Helga Ziemann, Leiterin der Parteischule der SPD. Die Gespräche fanden in der neuen SPD-Zentrale, dem Willy-Brandt-

Haus, in Berlin-Kreuzberg, statt. Das eindrucksvolle, in Form eines spitzen Dreieckes gestaltete Gebäude, weist funktionstechnisch eine hochmoderne und auf die Bedürfnisse der Gegenwart und der Zukunft orientierte Gliederung auf. In dem lichtdurchfluteten Gebäude sind ein großer Versammlungssaal, Ausstellungshallen, Sekretariate, Sitzungs- und Seminarräume angeordnet. Außerdem befindet sich ein Restaurant, eine Cafeteria und eine Buchhandlung im Gebäudeverband. Das Willy-Brandt-Haus ist ein markanter Blickfang im Arbeiterbezirk Kreuzberg, der auch heute sehr viele Gastarbeiter, Flüchtlinge und Zuwanderer aufgenommen hat.

Rüstung verspricht fette Profite

Was die Hintergründe mancher Diskussionen über NATO-Erweiterung, Militärinterventionen und Bombenschläge sind, plaudert Österreichs führendes Magazin für seriöse Geldanlagen "Trend – Fonds spezial" Nummer 4/10/98 über Investitionen im Aufrüstungsbereich aus. Hier werden in einem Artikel über "die wichtigsten Trends und Events, die sie im Auge behalten sollten", den Anlegern wie folgt Hoffnungen gemacht:

"Wieviel die NATO-Erweiterung nach Ost- und Südosteuropa kosten wird steht noch in den Sternen – diverse Schätzungen schwanken zwischen unscheinbaren 18 Milliarden und monströsen 2500 Milliarden Schilling. Immerhin: die amerikanische Regierung ist fest entschlossen, die benötigten Summen vorzustrecken und teil-

weise zu schenken. Die Rüstungsindustrie darf sich also die Hände reiben.

Benötigt werden neue Kommunikationsanlagen, Radarsysteme für die Luftabwehr und natürlich jede Menge Flugzeuge, die veraltetes Gerät aus der ehemaligen Sowjetunion ersetzen.

Firmen wie BOEING, Lockheed Martin, Motorola, Bell, die französische Tompson-CSF und die britische Racal Radio sind bereits im Geschäft, haben dieses durch Beteiligung an lokalen Firmen gesichert und dürfen sich über tolle Aufträge freuen. Investoren sollten Ti-

tel der Rüstungsindustrie im Auge behalten: Das Ende des Kalten Krieges war für die Branche zwar ein arger Schock – doch jetzt tun sich neue hungrige Märkte auf. rb."

Zu dieser Offenlegung eines solchen marktwirtschaftlichen Denkens stellt sich für Sozialdemokraten die Frage, wieviel menschliches Leid in so manchen Krisengebieten als Preis für die fetten Rüstungsprofite in Kauf genommen wird.



In den Gesprächen zeigte sich, daß die SPD, beflügelt vom Wahlsieg des vergangenen Herbstes, einen großen politischen Aufschwung zu verzeichnen hat. In Berlin gibt es noch immer große, historisch bedingte, Unterschiede zwischen und dem Westen und dem Osten, was sich auch in den Mitgliedszahlen ausdrückt.

chlands: Berlin im Aufbruch

In Westberlin gibt es ca. 20.000 Mitglieder, in Ostberlin nur 2.000 Mitglieder. Verglichen mit Wien und mit der fast doppelten Einwohnerzahl Gesamtberlins scheinen die Zahlen eher gering, aber die Aktivität der Mitglieder dürfte dafür im Prozentsatz etwas höher liegen. So nahmen an der Urabstimmung über den Spitzenkandidaten für die Berliner Senatswahlen ca. 50 % der Mitglieder teil. Bei der innerparteilichen Wahl, die während der Zeit der Studienreise stattfand, wurde der ehemalige Oberbürgermeister von Berlin, Momper, zum Spitzenkandidaten gewählt. Die SPD hofft damit, bei einer rot-grünen Koalition, den langjährigen CDU-Bürgermeister Diepgen auszuhebeln. Interessant ist, daß diese Wahl Mompers völlig offen war, denn ihm gegenüber stand ein starker Gegenkandidat, der Fraktionsvorsitzende des Berliner Abgeordnetenhauses, Böttcher.

Die Gespräche zeigten wo die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Organisations- und Bildungsschwerpunkten liegen. So ist zum Beispiel die Parteischule eine Institution für die Ausbildung von hauptamtlichen MitarbeiterInnen, zum Unterschied von der Wiener Parteischule, die ehrenamtliche Vertrauenspersonen schult. Hervorzuheben ist das systematisch geordnete Material für die politische und organisatorische Arbeit der SPD. Für die Freiheitskämpfer ist zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten „AvS“ als Kontaktorganisation interessant. Daneben gibt es auch noch viele Arbeitsgemeinschaften und Freundeskreise, die spezielle Themen behandeln. Interessant ist eine Aktion in Berlin unter

dem Titel „Alex“, die junge Menschen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren ansprechen soll.

Während der Studienreise fand am 14. Jänner im Willy-Brandt-Haus anlässlich des 80. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht eine Podiumsdiskussion statt, an der Prof. Dr. Helga Grebing, Mitglied der historischen Kommission der SPD, Dr. Hans Misselwitz, Mitglied der Grundwertekommission der SPD, Dr. Manfred Scharer, Leiter der ÖTV-Bundeschule, Ottmar Schreiner, MdB, Inge Wettig-Danielmayer, MdB, und Dr. Tilmann Fichter, von der SPD-Parteischule, teilnahmen.

Interessante Gespräche gab es auch mit dem kulturpolitischen SPD-Sprecher, Nico Sander, im Berliner Abgeordnetenhaus. Dabei wurde auch eine Information über den Stand der Diskussion zum geplanten Holocaust-Denkmal gegeben. Der Vorschlag des neuen Kulturbeauftragten der deutschen Bundesregierung, Michael Naumann, ein etwas verkleinertes Denkmalareal mit einem Holocaust-Museum samt einer großen Bibliothek für die einschlägige Literatur zu verbinden, kann auf immer mehr Zustim-

mung in der deutschen Öffentlichkeit zählen. In diesen Tagen wurde in Berlin auch das neue, architektonisch modernst gestaltete Jüdische Museum eröffnet.

Eine Ausstellung die in Berlin eine große Rolle spielt ist die „Topographie des Terrors“, mit der die NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit dokumentiert werden. Bemerkenswert ist,

daß an prominenten Punkten z. B. beim größten Kaufhaus Europas, dem Ka De We, eine Tafel auf die „Orte des Schreckens, die nie vergessen werden dürfen“ aufmerksam macht.

Ein wichtiger Teil der Studienreise war auch der Besuch der Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ im sogenannten „Bendler-Block“. Diese befindet sich in der Stauffenberg-Straße, am historischen

Ort des Widerstandszentrums vom 20. Juli 1944 im ehemaligen Oberkommando des Heeres. Seit 1953 ist der Ehrenhof als Ort der Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus gewidmet. Hier wurden jene Offiziere, die Hitler beseitigen wollten, Oberst Stauffenberg und seine Mitverschwore-

nen General Olbricht, Oberst Quirnhelm und Oberleutnant Haefen, von einer Gruppe von Hitler-treuen Wehrmachtseinheiten, unter der Führung des Major Reder, erschossen. Den Rest besorgte der sogenannte Volksgerichtshof mit seinen Bluturteilen gegen die politischen Köpfe des Aufstandes. Sie wurden im Schlachthaus am Plötzensee an Fleischerhaken gehängt und es ist bekannt, daß Hitler den Film über die Exekution sich mit Haß und Genugtuung einige Male angesehen hat. Chefankläger und Richter dieses Mordgerichts war der berühmte Volksgerichtshofpräsident Roland Freisler.

In der Gedenkstätte befindet sich die Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“, wo 5000 Fotos und Dokumente aus 26 Bereichen die gesamte soziale Breite und weltanschauliche Vielfalt des Kampfes gegen den Nationalsozialismus zeigen. Vom Widerstand der Arbeiterbewegung und der christlichen Nazigegner, der bereits 1933 begann, bis zu den konservativen und militärischen Gegnern Hitlers spannt sich ein Bogen, der unter anderem auch die Jugendopposition berücksichtigt. Die Menschen dieser Gruppen haben bewußt viele Opfer auf sich genommen, um das Ziel, den Nazifaschismus zu schwächen oder ihn sogar zu stürzen zu erreichen. Diese Ausstellung zeigt, daß es in Deutschland einen Widerstand gegen den Nazifaschismus seit Anfang der Nazidiktatur gegeben hat. Für jede Reise nach Berlin sollte der Besuch des „Bendler-Blocks“ ein Pflichttermin sein. (Über die Ausstellung „Deutscher Widerstand“ folgt ein weiterer Be-**Ernst Nedwed**)



Die SPÖ und die Entnazifizierung

Publizistik und Literatur - auch seriös historische - beschworen lange Zeit in Erinnerung an das Jahr 1945 den damals angeblich alle beherrschenden „Geist des Antifaschismus“. Umso eingehender die Geschichtsschreibung jedoch im letzten Jahrzehnt die historischen Quellen der Nachkriegszeit in die Betrachtungen einbezog, desto deutlicher wird die mangelnde Abgrenzung der Gründerväter der 2. Republik, und zwar sowohl der ÖVP als bedauerlicherweise auch der SPÖ, gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten. Während in der Öffentlichkeit das NS-Regime als solches heftig verurteilt wurde, dominierte gegenüber den individuellen „Parteigenossen“ Verständnis und Mitleid. So wie der damalige Staatskanzler Karl Renner im Kabinettsrat meinte: „Ich will nicht behaupten, daß ich damit recht habe, aber die Sache ist nach meinem Gefühl doch so, daß alle diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger und Geschäftsleute bei dem seinerzeitigen Anschluß durch die Nazi gar nicht weittragende Absichten gehabt haben - höchstens, daß man den Juden etwas tut - vor allem aber nicht daran gedacht hat, einen Weltkrieg zu provozieren.“ Innerhalb der neugegründeten SPÖ zeigten sich dabei aber wesentliche regionale Unterschiede, deren Grundlage u. a. in der bis September 1945 dauernden Trennung des Landes in die sowjetische Besatzungszone auf der einen und die Zonen der Westalliierten auf der anderen Seite zu suchen ist, wobei in diesen Monaten auch noch nicht eindeutig klar war, ob Österreich nicht doch ein geteiltes Land bleiben würde.

Während die SPÖ Wien in der sogenannten „Nazi-Frage“ den radikalsten Standpunkt bezog, erwiesen sich SPÖ-Vertreter in der provisorischen Staatsregierung, allen voran, wie erwähnt, Karl Renner selbst, gegenüber den „Ehemaligen“ deutlich konzilianter. Das bereits am 8. Mai 1945 von der provisorischen Staatsregierung beschlossene NS-Gesetz krankte daran, daß es einerseits bis zum September 1945 nur in der sowjetischen Besatzungszone angewendet werden konnte und andererseits bis in den späten Sommer die Durchführungsbestimmungen dazu fehlten, wodurch eigenmächtigem Vorgehen einzelner Gemeinden oder Bezirkshauptleuten der Weg geebnet wurde.

Der Ausschluß der ehemaligen Nationalsozialisten vom aktiven und passiven Wahlrecht bei den ersten Nationalratswahlen im November 1945 war keine von Anfang an ausgemachte Sache gewesen. Im Bundesparteivorstand prallten diesbezüglich die Meinungen aufeinander. Die SPÖ Wien legte einen vermutlich von Wolfgang Speiser verfaßten Entwurf vor, der vorsah, ehemalige Nationalsozialisten weitgehend aus dem politischen Leben Österreichs auszuschließen. So sie „verbrecherischer Natur“ gewesen wären, sei ihnen auf Lebenszeit das „aktive und passive Wahlrecht in öffentlichen und wirtschaftlichen“ Körperschaften abzusprechen. Allen anderen sei das Wahlrecht auf fünf Jahre zu entziehen. Außerdem dürften ehemalige Nationalsozialisten in keine der politischen Parteien aufgenommen werden. Renner polemisierte heftig

gegen diesen Entwurf, er „würde sich schämen, wenn so etwas jemals beschlossen werden sollte“. Zwei Wochen später bekräftigte er, es sei „unmöglich, daß der wertvollste Teil unserer Intelligenz durch die Gesetze an der Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschaltet“ werde. Bei einer wenige Wochen später stattfindenden Parteiländerkonferenz verwehrte sich Renner, unterstützt von Innenminister Oskar Helmer,

neuerlich gegen den Wahlausschluß der Nationalsozialisten; Erwin Scharf, Bruno Marek und andere sprachen sich hingegen gegen jede Milde in dieser Frage aus. Letztlich setzten sich bekanntlich die Verfechter eines Wahlausschlusses durch. Allerdings die Forderung nach Ausschluß der Nationalsozialisten von jedweder politischen Partizipation und Mitgliedschaft in politischen Parteien erwies sich als Illusion. Zur selben Zeit hatten nämlich ehemalige Nationalsozialisten bereits den Weg in die SPÖ gefunden. „Spitzenfunktionäre, deren Rehabilitierung und Enthebung von der Registrierungspflicht für die Partei eine Notwendigkeit darstellt,“ konnten „bei Genossen Schärf Gesuche einbringen und raschest die Abolition nach dem Verbotsgesetz erhalten.“ Adolf Schärf, damals Parteivorsitzender und Vizekanzler, setzte im Parteivorstand aber noch die Warnung hinzu, es könne „sich jedoch tatsächlich nur um eine ganz beschränkte Anzahl wichtiger politischer Funktionäre aller drei Parteien handeln“, die auf diese Weise von den Rechtsfolgen des Nationalsozialistengesetzes befreit werden könnten.

Die Durchsetzung auch der SPÖ mit „Ehemaligen“ war bis 1946 bereits weit fortgeschritten. Anlässlich der Debatte um eine mögliche Verschärfung des NS-Gesetzes 1946 machten Ländervertreter im Bundesparteivorstand darauf aufmerksam, daß sie im Zuge der Wahlaus-

einandersetzung von 1945 bezüglich einer milden Behandlung der Nationalsozialisten Zusagen gemacht hätten, die sie bei neuer, rigoroser Anwendung des NS-Gesetzes nun nicht mehr würden einhalten können. So wurden in der Steiermark auf Veranlassung bzw. mit Zustimmung der SPÖ „einige tausend“ Nationalsozialisten bis zum Juni 1946 entregistriert. Die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten wiederum sah in einer möglichen Verschärfung des NS-Gesetzes eine Gefahr für „unsere Genossen im öffentlichen Dienst“. Schon einige Monate davor war befürchtet worden, daß sich das NS-Gesetz im Bereich des öffentlichen Dienstes zugunsten der ÖVP auswirken könnte, da, wie der Vertreter der Steiermark, Machold, bemerkte, „in der Steiermark“ damit „in den oberen drei Rangstufen kein einziger Sozialist im Dienst“ bliebe. Die Sorge mehrerer Bundesparteivorstandsmitglieder galt weiters den Angehörigen der Waffen-SS. Mehrfach mußte Schärf versichern, daß diese Gruppe vom NS-Gesetz nicht betroffen sein werde, auch wenn die Alliierten dies wünschten. Bei der 1949 offiziell erfolgten Zulassung der „Kameradschaft IV“, einer Vereinigung



Eine kritische Bilanz über „Opferfürsorge – Kriegsofferfürsorge – Täterfürsorge“ in Österreich zieht Brigitte Bailer vom DÖW in ihrem Buch „Wiedergutmachung kein Thema“ (Locker-Verlag, Wien). Im hier veröffentlichten Beitrag gibt sie ihre Sicht der Haltung der SPÖ nach 1945 zur Entnazifizierung wieder.

ung 1945/46

ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger, stand neben Blasius Scheucher von der ÖVP auch der sozialistische Landeshauptmann Ferdinand Wedenig Pate, dem die „Kamderadschaft IV“ bis heute in Dankbarkeit gedenkt. Der SPÖ war aber gleichzeitig bewußt, daß „das Ausland“ sehr genau das Verhalten der österreichischen Parteien in der Frage der Entnazifizierung verfolgte: „Alle ausländischen Genossen haben uns bestätigt, daß von der Haltung der Partei in der Nazi-Frage die Beurteilung der Partei in der ganzen Welt abhängt“. Oskar Pollak, Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung, ergänzte diese Aussage Schärfs: „Der ständige Vorwurf, wir machen nichts gegen die Nazis, ist das stärkste Argument des Auslandes gegen die Wiederherstellung der österreichischen Souveränität.“ Damit bewogen letztlich vor allem Rücksichten auf „das Ausland“ die SPÖ ebenso wie die ÖVP zu einer zumindest nach außen hin harten Gangart gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten. Der Einstellung zahlreicher Funktionäre entsprach diese Haltung allerdings nicht. Und demgemäß wurde auch nach der von den Alliierten gewünschten, 1947 verabschiedeten verschärften Fassung des Verbotsgesetzes gehandelt. Die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit zu Einzelbegnadigungen durch eine Beschwerdekommission fand reichliche Anwendung: Von 1947 bis 1951 führte diese Kommission 13.000 Begnadigungen durch, die das Bundeskanzleramt angeblich jeweils binnen zwei Tagen erledigte. Solche Begnadigungen ehemals öffentlich Bediensteter waren mit Pensionsnachzahlungen verbunden und belasteten das Budget beträchtlich. Zur selben Zeit wurden die Forderungen der Opferverbände nach Entschädigungszahlungen mit dem Hinweis auf die angespannte Budgetsituation stereotyp zurückgewiesen. Mehrere Anläufe der Bundesregierung - unter selbstverständlicher Mitwirkung der SPÖ - zur frühzeitigen Beendigung der Entnazifizierung scheiterten bis 1955 einzig und allein am Einspruch des Alliierten-Rates. Der Abschluß des Staatsvertrages ebnete dann den Weg zur endgültigen und fraglosen Reintegration aller ehemaligen Nationalsozialisten.

Der Fall des in Italien verurteilten Walter Reder verdeutlicht, daß diese Bemühungen selbst vor Kriegsverbrechern nicht halt machten. Reder hatte sich 1934 der in Bayern stationierten, nationalsozialistischen „Österreichischen Legion“ angeschlossen und infolgedessen seine österreichische Staatsbürgerschaft verloren. Das Amt der oberösterreichischen Landesregierung scheute in den fünfziger Jahren keine juristische Spitzfindigkeit, den verurteilten Kriegsverbrecher wieder zum österreichischen Staatsbürger zu erklären, was letztlich aufgrund einer Intervention von Innenminister Helmer auch gelang. Die vom absoluten Vorrang der Wählerstimmenmaximierung geleiteten Anstrengungen zur „Versöhnung“ mit den ehemaligen Nationalsozialisten sowie die erst von Bundeskanzler Vranitzky 1991 beendete Leugnung einer Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung an den Verbrechen des Nationalsozialisten zog weitreichende Konsequenzen nach sich. Zu spüren bekamen dies vor allem die Opfer des Nationalsozialismus, deren Anliegen in der politischen Debatte in ihrem Stellenwert stets ins Hintertreffen gerieten. Und nicht zuletzt ermöglicht diese im Zuge der Reintegration der Nationalsozialisten nicht erfolgte Aufarbeitung von Ursachen und Wirkungen der NS-Herrschaft in Österreich es heutigen rechtspopulistischen Parteiführern, mit den Relikten der NS-Ideologie und uneingestandenem Schuldgefühlen Politik zu treiben.

Brigitte Bailer

Luxemburg-Liebknecht Gedenken in Ottakring

Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht im Jahre 1919 haben in der Ottakringer SPÖ Tradition. Heuer, anlässlich der 80. Wiederkehr des Todestages, wurde für Rosa Luxemburg in der Sandeilen, in der nach der Ermordeten benannten Gasse, eine Erinnerungstafel enthüllt.

Der Vorsitzende der SPÖ Ottakring, Gemeinderat Christian Oxonitsch, sagte in seiner Gedenkrede, daß die sozialistische Idee und Bewegung mit Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht verbunden bleibt, auch wenn sich die beiden von der Sozialdemokratie entfernt hätten. Sie haben wichtige Beiträge zur Analyse des Kapitalismus hinterlassen, aus denen immer noch gelernt werden kann. Rosa Luxemburg, „Gefühls- und Gedankenmensch zugleich“ (Max Adler) hat mit ihrem Bekenntnis „Freiheit – das ist immer die Freiheit des anderen“ sozialistischer Humanität Ausdruck gegeben; sie übte deshalb auch Kritik an Lenin und der Entwicklung des Bolschewismus, ohne je das Ziel einer gerechten Gesellschaft ohne Klassengegensätze aus den Augen zu verlieren.

Professor Hugo Pepper bedau-

erte als zweiter Gedenkreder, daß die Erinnerung an Luxemburg und Liebkecht, aber auch an den von den italienischen Fa-

schisten ermordeten Giacomo Matteotti heute nicht mehr lebendig genug sei. Er



nerte daran, daß Karl Liebkecht beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs mutig gegen die Kriegskredite aufgetreten sei; er und Rosa waren von 1915 bis 1918 in verschiedenen deutschen Gefängnissen interniert – nur „Tote auf Urlaub“, die dann der Mörderbande des Hauptmann Pabst (der später enge Kontakte zur österreichischen Heimwehr hatte) zum Opfer fielen.

Im Anschluß an die Gedenkfeier fand im Sektionslokal Sandeilen eine Podiumsdiskussion über „Kapitalismuskritik an der Schwelle ins 21. Jahrhundert“ statt, bei der Sonja Ramskogler, Alfred Kohlbacher und Peter Ulrich Lehner referierten.

ACUS-Bundesseminar in Mauthausen

Die Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus hält in der Zeit von 19. Bis 21. März 1999 ein Seminar in Mauthausen ein Bundesseminar ab. Geplant sind Gespräche mit Dr. Erika Weinzierl, Dolores Bauer und VertreterInnen der SPÖ und des ÖGB, sowie ein Referat von Uni.Prof. Langer. Außerdem findet eine Diskussion mit Andreas Gruber über seinen Film „Die Hasenjagd“ statt. Der Sonntag ist einer Führung durch das Konzentrationslager Mauthausen gewidmet. Infokontakt: Richard Schadauer - 98 34 809.

Habsburg und Holocaust...

Ob die ÖVP den Kaisersproß Karl Habsburg noch einmal für die Europa-Wahl aufstellt, sei getrost ihr überlassen. Der nicht mehr so ganz junge Mann, der sich bereits 18 Jahre mit seinem Studium herumquält, hat bisher kaum durch seine Aktivitäten in Brüssel, aber sehr wohl durch Verwicklung in zwielichtige Affären – um den Schmuggel eines Diadems und um die Verwendung von Spendengeldern für seinen Wahlkampf – von sich reden gemacht. Das sollen Polizei und Gerichte klären.

Was aber nicht hingenommen werden kann, ist die Äußerung von Otto Habsburg-Lothringen, dem Sohn des letzten österreichischen Kaisers Karl, der sich nicht genierte, zu behaupten, sein Sprößling trüge eben als Habsburger den „Gelben Stern“, denn er sei ein Verfolgter wie seinerzeit die Juden. Ein solcher Vergleich beweist einen Mangel an Sensibilität und ein Fehlen des Verständnisses für die Singularität des Holocaust, die dem gern als Historiker auftretenden Otto Habsburg-Lothringen nicht einmal wegen seines Greisenalters nachgesehen werden kann.

Gedenken an Rosa Jochmann



Foto: Simoni

Vor fünf Jahren, am 28. Jänner 1994, ist Rosa Jochmann von uns gegangen. Die langjährige Vorsitzende der Sozialistischen Frauen, Abgeordnete zum Nationalrat und Vorsitzende der Sozialistischen Freiheitskämpfer war von den Austrofaschisten verfolgt worden, hatte das KZ Ravensbrück überlebt und hat als Zeugin der Verbrechen der Nationalsozialisten vor allem junge Menschen angesprochen. Nach ihr wurde in Simmering eine Wohnhausanlage und eine Straße benannt. Neben vielen anderen Ehrungen erhielt sie auch die hohe, ganz selten vergebene Auszeichnung einer Ehrenbürgerin der Stadt Wien. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gedachten ihres Todestages mit der Niederlegung eines Kranzes.

Für ein „Miteinander“ in Wien

Bereits zum 7. Mal wurde heuer ein Symposium in Erinnerung an den 1990 verstorbenen Vizeobmann der Freiheitskämpfer und Bildungsfunktionär Josef Hindels veranstaltet. Es war traditionsgemäß für 12. und 13. Februar anberaumt. Diesmal war es dem Thema "Miteinander in Wien" gewidmet. Für die Referate waren am ersten Tag die Wiener Integrationsstadträtin Renate Brauner, Rainer Münz, Professor für Bevölkerungswissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin, der Leiter des Wiener Integrationsfonds Hannes Seitner sowie Oswald Bazant vom Verein "Offenes

Wien" vorgesehen. Den zweiten Tag sollten der Integrationsbeauftragte der SPÖ Wien Gemeinderat Kurt Stürzenbecher, der Publizist Martin Luksan und der Migrationsexperte der "Volkshilfe", Hans-Jürgen Tempelmayr bestreiten.

Mit Stand vom 31. Dezember 1997 leben in Wien 284.000 Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Das entspricht einem weiterhin stabil bleibenden Anteil von rund 18 % der Bevölkerung. Mehr als 50 % der Zuwanderer wohnen in den sieben Bezirken Leopoldstadt, Landstraße, Margareten, Favoriten, Rudolfsheim-Fünf-

haus, Ottakring und Brigittenau. Integration der hier Lebenden hat Vorrang vor neuerlichem Zuzug, ausgenommen die Zusammenführung engster Familienangehöriger.

„Deshalb stellt sich für die Wiener nicht mehr die Frage, ob wir im allgemeinen mit ausländischen Mitbürgern zusammenleben wollen oder nicht, sondern wie dieses Zusammenleben zu gestalten ist; es soll zu einem 'Miteinander' werden“, sagt Renate Brauner.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 2.2.1999

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at.

Produktionsleitung: VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070

Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt. Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextreme Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.

FRÄU

**THEKLA SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN**